

Protokoll der Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ am 01.06.2022

- Anwesend: Herr Kremer (Hotti e.V., Vorsitzender), Herr Dr. Beckmann (CDU), Frau Dr. Echterhoff (SPD), Frau Schütze (FDP), Frau Schulenburg (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Herr Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft), Frau Friedhofen (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband),
- Verwaltung: Herr Doğan, Herr Dr. Serafin, Frau Dedenbach, Herr Germscheid, Herr Engels
- Gäste: Frau Steuernagel (Vertreterin der OGS-Träger), Herr Diercks (Vertreter der Schulleitungen), Herr Kourkoulos (Hotti e.V.)

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kremer, begrüßte die Mitglieder des Unterausschusses und die Gäste. Er verwies darauf, dass dies in dieser Legislaturperiode die erste Sitzung des Unterausschusses in Präsenz sei und das erste Treffen im neugebauten Jugendzentrum. Er lud alle Anwesenden zu einem Rundgang ein, der von Herrn Germscheid geführt wurde.

Nach dem Rundgang wurde die Sitzung fortgesetzt.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Da außer den Vertretungen des Jugendamtselternbeirates alle Mitglieder des Unterausschusses oder deren Vertretungen anwesend waren, konnte die Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

TOP 3: Übersicht über das Aufgaben- und Stellenprofil der kommunalen Jugendförderung

Herr Germscheid stellte mit einer Präsentation (Anlage A) die Struktur, die personelle Besetzung und die Aufgaben des Fachdienstes Jugendförderung vor.

Er erinnerte an die Neustrukturierung der Offenen Kinder und Jugendarbeit 2019 mit Unterstützung der TH Köln. Ergebnis dieser Neustrukturierung sei die Herausnahme der Jugendarbeit aus dem Fachdienst Verwaltung der Jugendhilfe/Jugendarbeit und die Einrichtung eines eigenen Fachdienstes Jugendförderung sowie die Übernahme der Trägerschaft über drei Jugendeinrichtungen durch diesen Fachdienst gewesen.

Zum Ende seines Vortrags verwies er auf die Bedeutung des präventiven und innovativen Ansatzes der Kinder- und Jugendarbeit als Investition in die Zukunft.

Herr Doğan bestätigte diese Aussagen. Prävention sei fiskalisch lange vernachlässigt worden, da es keine pflichtige Aufgabe sei und die Ergebnisse wissenschaftlich nur schwer nachweisbar seien. Dennoch gebe es Dank der Ausgaben für präventive Kinder- und Jugendarbeit z.B. beim Quartiersmanagement, Schulsozialarbeit oder der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit Einsparungen bei den Ausgaben der Hilfe zur Erziehung, die einen erheblichen Teil des Haushaltes der Stadt ausmache. Ausgaben in Prävention seien hier nachhaltiger. Ziel sei es, keinen Menschen zurück zu lassen.

Herr Kremer dankte für die Ausführungen zur Prävention und für den ausführlichen Bericht über den Fachdienst Jugendförderung.

TOP 4: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche – Fortentwicklung der Angebotsstruktur

Herr Doğan begrüßte die Vertretungen der OGS-Träger, der Schulleitungen und des freien Trägers Hotti e.V. In Absprache mit der Sitzungsleitung räumte er ihnen zu diesem Tagesordnungspunkt ein Rederecht ein.

Eine Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt lag noch nicht vor. Herr Doğan erklärte, diese werde zum JHA als Nachreichung verschickt. Er sagte jedoch eine Versendung vorab an die Fraktionen und die Mitglieder des Unterausschusses zu, sodass die Vorlage im Vorhinein zu der bevorstehenden Jugendhilfeausschusssitzung hinreichend beraten werden könne.

Herr Doğan berichtet, dass die Schulen und die OGS-Träger sich mit der dringenden Bitte an die Stadt gewandt hätten, die Stellen an den OGS in Sankt Augustin attraktiver zu machen. Dies sei unter anderem durch die Übernahme von Ferienangeboten durch die OGS möglich. Das Thema sei Anfang 2021 bereits im Rahmen der Entwicklung des Zukunftskonzeptes Ferienangebote diskutiert worden. Damals sei die Stadt jedoch noch in der Haushaltssicherung gewesen, sodass die Mehrkosten nicht finanzierbar gewesen wären. Daher sei damals final nur das Ferienangebot der Stadt und der freien Träger thematisiert worden. Nun sei jedoch eine Ausweitung des OGS-Angebotes finanziell möglich und dringend notwendig. Zwar sei erst mit der Umsetzung des Rechtsanspruch 2026 ein Ferienangebot verpflichtend und vom Land gefördert, doch drohe ohne eine Änderung des „status quo“ die Stadt Sankt Augustin künftig in der Entwicklung der OGS abgehängt zu werden, vor allem, wenn alle Kommunen ab 2026 zusätzliches Personal suchten und die Stadt Sankt Augustin aufgrund der bisherigen Regelung einen noch größeren Nachholbedarf habe als andere Kommunen, die bereits jetzt Ferienangebote über die OGS abdecken.

Es sei daher notwendig, jetzt eine Lösung zu finden und in die Ferienbetreuung einzusteigen. Gleichzeitig solle auch die Konzeption für die Förderung der qualitativ hochwertigen Ferienangeboten der freien Träger angepasst werden, damit beide Bereiche gleichberechtigt nebeneinanderstehen könnten. Hierzu werde vorgeschlagen, im kommenden Jugendhilfeausschuss der Verwaltung einen Auftrag zu erteilen.

Frau Dedenbach berichtete, dass in Sankt Augustin zurzeit bei weiteren Ausbauplänen 1500 von 2000 Kinder einen OGS-Platz hätten und damit die 80% Deckung fast erreicht seien (Anlage B). Ab 2026 sei jedoch ein Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder zu erwarten (§ 24 SGB VIII), welcher auch die Ferienzeiten umfasse, und nur maximal vier Wochen Schließzeiten im Jahr zuließen.

Nach den Absprachen mit den Jugendverbänden und den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei Einrichtung der OGS vor 15 Jahren seien die Ferienzeiten in Sankt Augustin bisher jedoch aus dem Angebot der OGS ausgenommen und durch Angebote dieser Träger abgedeckt worden. Die Verwaltung schlage vor, in einem ersten Schritt fünf Wochen OGS-Ferienbetreuung im Jahr anzubieten. Erwartet werde eine Nachfrage für ca. 50% der OGS-Kinder. Das Angebot solle solidarfinanziert sein, niederschwellig und an der OGS des Kindes, vom dortigen Personal durchgeführt, stattfinden. Zusätzliche Beiträge sollten nur für die Verpflegung und / oder Eintrittsgelder erhoben werden.

Eine Finanzierung müsse unter anderem durch die Erhöhung der Elternbeiträge im Rahmen der Dynamisierung erfolgen, welche ohnehin zur Deckung der durch den Tarifvertrag entstehenden zusätzlichen Personalkosten notwendig sei. Ohne eine Erhöhung der Elternbeiträge sei für 2022 mit einem Defizit von 180.000 € und für die Folgejahre mit knapp 500.000 € zu rechnen. Alternative sei die Aufrechterhaltung des „status quo“.

Herr Serafin ergänzte die Ausführungen mit Hinweisen auf die weiteren Ferienangebote. Die Gesamtlandschaft bestehe aus Angeboten der OGS sowie aus Angeboten mit fester Betreuung und offenen Angeboten in Trägerschaft der Jugendverbände, der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Stadt (Anlage C). Diese Angebote sollten bedarfsgerecht sein, auch für ältere Kinder und Jugendliche attraktiv, dezentral angeboten, frei wählbar sowie durch kommunale Zuschüsse gefördert. Hierzu solle bis September 2022 gemeinsam mit den Akteuren der Ferienangebote ein Konzept erarbeitet werden.

Herr Doğan verwies auf das Konfliktpotential, das im letzten Jahr zu diesem Thema zwischen OGS-Trägern und den freien Trägern der Jugendarbeit deutlich geworden sei. Der Rechtsanspruch und damit der Einstig der OGS in Ferienangebote werde aber auf jeden Fall kommen und für die freien Träger gebe es in den Wochen der OGS-Schließzeiten auch bei parallelen Angeboten noch einen ausreichenden Bedarf an Ferienplätzen. Durch städtische Zuschüsse solle es für die Eltern keinen Unterschied machen, ob die Kinder an OGS-Angeboten oder an Angeboten anderer Träger teilnehmen. Hierfür ständen bereits Gelder im Haushalt zur Verfügung.

Herr Dierks dankte, dass das Thema aufgegriffen werde. Er machte das Problem am Beispiel seiner Schule deutlich, an der zurzeit von neun Gruppen nur acht personell besetzt seien und die Erweiterung auf zehn Gruppen im kommenden Jahr personell bedingt ebenfalls nicht sicher sei. Dadurch müssten die Gruppengrößen auf Kosten der Kinder erhöht werden. Es sei nicht nur schwierig, neues Personal zu bekommen, viele in Sankt Augustin ausgebildete Fachkräfte würden auch in andere Kommunen auf Stellen mit besseren Konditionen wechseln.

Herr Kourkoulos verwies darauf, dass in allen Bereichen pädagogisches Personal gesucht werde. Um die Attraktivität des Berufes zu erhöhen seien neben der Stundenaufstockung weitere Stellschrauben notwendig. Die Einführung der OGS vor 15 Jahren und den kommenden Rechtsanspruch seien anderweitig entschieden worden und nun müsse weiterhin gesehen werden, wie das Bestehende erhalten werden könne. In Sankt Augustin gebe es im Gegensatz zu anderen Kommunen noch eine relativ gute Struktur der Jugendarbeit. Doch auch der Bedarf der Eltern und Kinder habe sich geändert und können nicht mehr alleine durch die Stadt und die freien Träger gedeckt werden, trotz guter Absprachen miteinander. Es sei also nicht die Frage, ob die OGS in die Ferienangebote einsteige, sondern, wie ein gesunde Struktur alternativer Angebote unter Berücksichtigung der freien Träger erhalten werden könne. Die angekündigten Beitragserstattungen und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes gebe es in anderen Kommunen so nicht. Eine für OGS-Kinder kostenlose Teilnahme an solchen Angeboten sei für die Akzeptanz der Angebote jedoch wichtig.

Frau Steuernagel unterstützte die Aussage von Herrn Kourkoulos. Auch die Jugendfarm sei ein freier Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und werde am Standort Abenteuerspielplatz weiterhin entsprechende Angebote durchführen. Bedarfe bestünden für verschiedenste Angebotsformen. Es sei eine politische Entscheidung beides gleichzeitig zu tun. Eine solche Förderung aller Angebote auf Augenhöhe sei auch ihr aus anderen Kommunen nicht bekannt.

Auf die Nachfrage von Frau Schulenburg, ob eine Ausweitung der Stundenzahl die personellen Problem tatsächlich lösen könnten, berichtete sie, dass bei Stellenbesetzungen der Jugendfarm die Stellen mit höherer Stundenzahl besser nachgefragt seien, mit Ausnahme einzelner Bewerber*innen, die eine grundsätzlich arbeitsfreie Ferienzeit bevorzugten. Der Erzieherberuf werde durch die Tarifsteigerung schon aufgewertet, eine Stundenerhöhung helfe aber zusätzlich.

Frau Dr. Echterhoff und Frau Schulenburg begrüßten den Ansatz der Verwaltung. Es sei wichtig und nachhaltig, jetzt einzusteigen und gegenzusteuern. Auch Frau Friedhofen

unterstütze den Vorschlag, verwies jedoch auch auf notwendige weitere Stellschrauben, um attraktive, familienfreundliche Arbeitsstellen zu schaffen, die die Fachkräfte nicht überfordern und ihnen die Möglichkeit gäben, zum Wohle der Kinder zu arbeiten.

Herr Dr. Pich verwies auf die Notwendigkeit ausreichender Ferienangebote. Vier oder fünf Wochen Schließzeiten seien für die Familien zumutbar und eine gemeinsame Ferienzeit für das Eltern-Kind Verhältnis auch wichtig. Eine Belastung durch zusätzliche Kosten für Ferienangebote und ein großer Anmeldeaufwand seien jedoch nicht zumutbar. Daher sei eine solidarische Finanzierung durch Anhebung des OGS-Beitrags sinnvoll. Er schlug vor, zur Finanzierung auch den Höchs-Elternbeitrag auszuschöpfen. Eine Erhöhung der OGS-Beiträge bei gleichzeitiger Entlastung der Kita-beiträge sei allerdings nur schwer zu vermitteln.

Herr Doğan bestätigte dies, verwies jedoch darauf, dass mit der Dynamisierung auch eine Erhöhung der Angebotsumfang um fünf Wochen und damit um rund 10% verbunden sei. Ab 2026 hoffe man auf eine Mitfinanzierung bei den OGS-Ferienaktionen durch das Land, bei den Kita-Beiträgen eventuell schon früher. Auch außerhalb der Haushaltssicherung könne die Stadt nicht ganz frei über ihre Finanzen entscheiden. So seien Einwände der Kommunalaufsicht gegen eine Finanzierung der OGS-Ferienangebote alleine durch die Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Zeit nicht auszuschließen.

Herr Doğan sagte nochmals die umgehende Versendung der Vorlage zu und bot an, diese bei Bedarf in den Fraktionen und Arbeitskreisen zu erläutern.

TOP 5: Sonstiges

Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Sankt Augustin

Herr Kremer berichtete, dass der Stadtjugendring zurzeit die Förderrichtlinien überarbeite und dazu im engen Kontakt mit dem Fachdienst Jugendförderung stehe.

Förderprogramm „Ich kann was“

Herr Dr. Serafin verwies auf das Förderprogramm „Ich kann was“ der Deutsche Telekom-Stiftung, bei dem Projekte und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit Förderungen bis zu 10.000 € für die Ausstattung oder für Schulungen für medienpädagogische Angebote erhalten können. Antragsfrist sei der 30.06.2022.

(<https://www.telekom-stiftung.de/aktivitaeten/ich-kann-was>)

Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Sebastian Kremer, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für die Mitarbeit und schloss die Sitzung um 20:15 Uhr.



Klaus Engels
Protokollführer



Sebastian Kremer
Vorsitzender des Unterausschusses

Gesehen:



Ali Doğan
Erster Beigeordneter